



SCHOOL-SCOUT.DE

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

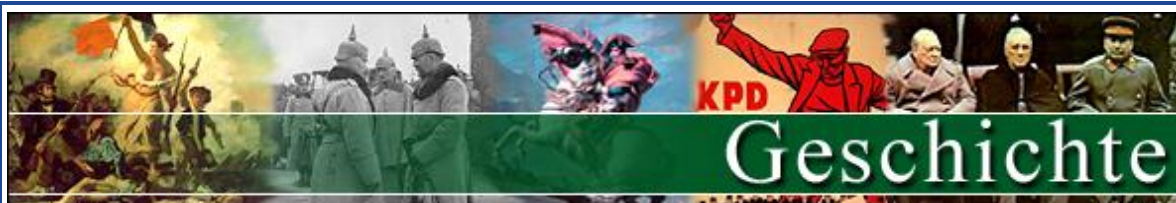
Auszug aus:

*Klausuren zu Quelleninterpretationen im Paket: Weimarer
Republik*

Das komplette Material finden Sie hier:

School-Scout.de





Titel:

Klausur mit Aufgaben, Musterlösung und Erwartungshorizont

Aufruf der Parteileitung der USPD (November 1918)

Bestellnummer:

32906

Kurzvorstellung:

- Diese ausführliche Klausur mit Musterlösung und Erwartungshorizont für den Geschichtsunterricht der Oberstufe behandelt einen Aufruf der Parteileitung der USPD vom November 1918.
- Die Parteileitung der USPD wendet sich Ende November 1918 an das deutsche Volk. Sie greift die Vorgehensweise der bürgerlichen Lager an und bietet eigene Lösungen an mit dem Ziel, eine sozialistische Gesellschaft zu formen.
- Diese Unterrichtshilfe präsentiert die Anwendung einer speziellen Quelleninterpretationsvorlage. Anhand dieser Vorlage werden die einzelnen Anforderungen bearbeitet und die entsprechenden Ergebnisse vorgestellt.

Inhaltsübersicht:

- Der Text des Aufrufes
- Theoretische Grundlagen der Bearbeitung (Quellenkritik und historischer Kontext)
- Praktische Umsetzung der einzelnen Aspekte einer Quelleninterpretation
- Arbeitsblatt inklusive Musterlösung und Erwartungshorizont zum Einsatz als mögliche Klausur



Internet: <http://www.School-Scout.de>

E-Mail: info@School-Scout.de

Quellentext und Aufgabenstellung

Aus einem Aufruf der Parteileitung der USPD (Ende November 1918)

Die Ketten der politischen Unterdrückung sind zerbrochen, die Fesseln ökonomischer Ausbeutung nur gelockert. Auch sie müssen fallen. Die Arbeiter und Soldaten sind die Werkmeister der Umwälzung. In allen Arbeiter- und Soldaten-Räten liegt Kraft des Rechts der Revolution die politische Gewalt. Die Regierung übt sie aus, weil und solange sie das Vertrauen der Arbeiter- und Soldaten-Räte hat. Die Organisation der Arbeiter- und Soldaten-Räte erweitert und befestigt sich. Bezirksräte bilden sich an manchen Stellen. Bald wird ein Zentralrat für das ganze Deutsche Reich geschaffen werden.

Eine Zusammenfassung aller Kräfte ist erforderlich, damit aus den Ruinen neues Leben blühen kann, damit die deutsche Republik mit sozialistischem Inhalt erfüllt wird.

Die Bourgeoisie ruft mit verdächtiger Eile, nachdem sie sich vom ersten Schrecken der Revolution erholt hatte, tagein, tagaus nach der sofortigen Einberufung der Konstituante. Am lautesten gebärden sich dabei die alten Vertreter des Scharfmachertums, die wütendsten Feinde der Arbeiterklasse. Die Verräter des Volkswillens berufen sich jetzt mit einem Mal auf das Volk, aber sie wollen nicht den Ausdruck der Volksmeinung. [...]

Von einer konstituierenden Versammlung kann erst die Rede sein, wenn die Soldaten wieder in ihrer Heimat bodenständig geworden sind, wenn die Arbeiter erst eine feste Arbeitstätte, ein Heim gefunden haben. [...]

Eine Wahl hat nur dann Wert, wenn die Wähler auch über die ihr zugrunde gelegten politischen Fragen aufgeklärt werden. Millionen von Soldaten sind durch den sogenannten vaterländischen Aufklärungsdienst über die politischen Vorgänge dauernd belogen worden. Sie zu unterrichten muß Zeit bleiben.

Konstituante - ja, sie wird kommen, aber sie kann erst kommen, wenn alle technischen und politischen Voraussetzungen erfüllt sind, wenn in ihr wirklich der Wille des aufgeklärten Volkes ausgeprägt ist. [...]

Die Bourgeoisie verfolgt mit ihrem Kampfesgeschrei noch einen anderen Zweck. Sie will alle tiefgreifenden sozialen Umgestaltungen aufhalten, indem sie glauben machen will, daß die sozialistische Regierung kein Recht habe, vor Zusammentritt der Konstituante Gesetze zu erlassen oder gar an die Sozialisierung der Betriebe vorher zu gehen. Die Regierung hat das Recht dazu, weil sich in ihr die gesetzgebende Macht des souveränen Volkes verkörpert, und sie hat die Pflicht dazu, wenn sie die Massen, die die Träger der Revolution sind, nicht im Stich lassen will. Diese Pflicht gilt es nunmehr zu erfüllen.

Während des ganzen Krieges hat unsere Partei die Kriegspolitik bekämpft, ihre Anhänger mit dem Geist des Sozialismus erfüllt. Ihre geschichtliche Aufgabe ist es, das Proletariat zu sammeln, zur Beseitigung jeder Klassenherrschaft, zur Aufrichtung der sozialistischen Gesellschaft.

Auszug aus einem Aufruf der Parteileitung der USPD von Ende November 1918, entnommen: Dirk Hoffmann/Friedhelm Schütze, Weimarer Republik und nationalsozialistische Herrschaft, S. 41/42.

Zit. nach: Eugen Prager: Das Gebot der Stunde. Geschichte der USPD. (Dietz Nachf.) Berlin/Bonn 4. Auflage, 1980, S. 176 f.

1. Ordnen Sie die Quelle möglichst präzise in den historischen Kontext (Zeit ab dem Beginn der Novemberrevolution und „historischer Ort“!) ein und bestimmen Sie den Vorab-Quellenwert!
2. Strukturieren Sie den Text und erläutern Sie den Gedankengang!
3. Fassen Sie das Auswertungspotential der Quelle zusammen!
4. Zeigen Sie ausgehend von der Quelle auf, warum die in ihr sichtbar werdende Position sich im Verlauf der Revolution nicht durchsetzen konnte. Berücksichtigen Sie dabei neben den konkret historischen auch grundsätzliche Aspekte!

Einleitung

Sollte nichts anderes vereinbart worden sein, kann mit der Bearbeitung der Aufgaben unverzüglich begonnen werden. Falls verlangt wird, die Aufgaben nicht einzeln, sondern zusammenhängend in einem fließenden Text zu beantworten, ist eine Einleitung notwendig.

Als Hilfestellung bedienen wir uns an dieser Stelle des Mittels der Vor-Analyse:

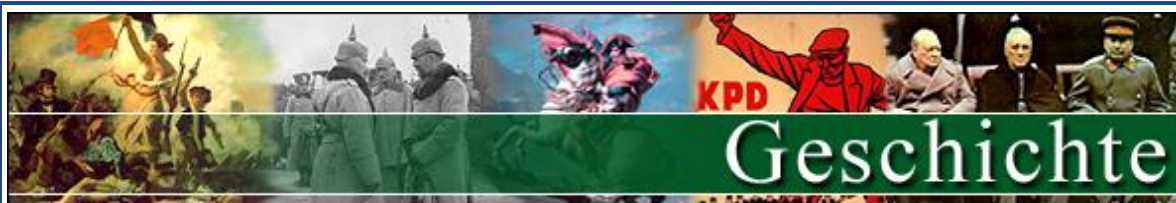
Bei der Vor-Analyse gehen wir dem W-Fragen-Modell entsprechend auf das WAS (Art und Gattung), WER (Verfasser), WANN (Zeitpunkt, Einordnung in geschichtliche Ereignisse) und das WO (Ort und Umstände) ein. Wie man der „Anleitung zur Klausur (School-Scout-Nr.: 32566) entnehmen kann, werden diese Fragen unterschiedlich gewichtet.

Folgende Informationen sollten, wenn vorhanden, auf jeden Fall verarbeitet werden:

- Datum der Bekanntmachung
- Benennung als Primärquelle
- Politische Stellung des oder der Autoren
- knappe Benennung des vermeintlichen Anliegens der USPD

Der Anfang könnte dann wie folgt lauten:

Ende November 1918 wendet sich die Parteileitung der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) an die Öffentlichkeit in Form eines gedruckten Aufrufs. Diese Primärquelle bietet einen Einblick in die politischen und gesellschaftlichen Ziele der Parteileitung und erlaubt ihre Abgrenzung von den anderen politischen Lagern während dieser Phase der Revolution. Knapp zwei Wochen zuvor hatte durch die Abdankung von Wilhelm II. das Deutsche Kaiserreich zu existieren aufgehört, die bestehenden Parteien versuchen nun, ihre unterschiedlichen Vorstellungen einer deutschen Republik durchzusetzen.



Titel:

Klausur zur Quellenanalyse mit Musterlösung und Erwartungshorizont

Gemeinsame Sitzung des Rates der Volksbeauftragten und des Berliner Vollzugsrats, 18. 11. 1918

Bestellnummer:

Kurzvorstellung:

- Diese ausführliche Quellenanalyse mit Musterlösung und Erwartungshorizont für den Geschichtsunterricht der Oberstufe behandelt die Mitschrift der gemeinsamen Sitzung des Rates der Volksbeauftragten und des Berliner Vollzugsrats am 18.11.1918.
- In der Sitzung wurden die kontroversen Positionen zweier Exekutivorgane – des Rates für Volksbeauftragte und des Vollzugsrates – erörtert.
- Diese Unterrichtshilfe präsentiert die Anwendung einer speziellen Quelleninterpretationsvorlage. Anhand dieser Vorlage werden die einzelnen Anforderungen bearbeitet und die entsprechenden Ergebnisse vorgestellt.

Inhaltsübersicht:

- Mitschrift der gemeinsamen Sitzung des Rates der Volksbeauftragten und des Berliner Vollzugsrats, 18. 11. 1918
- Theoretische Grundlagen der Bearbeitung
- Praktische Umsetzung der einzelnen Aspekte einer Quelleninterpretation
- Arbeitsblatt inklusive Musterlösung und Erwartungshorizont zum Einsatz als mögliche Klausur

Gemeinsame Sitzung des Rates der Volksbeauftragten und des Berliner Vollzugsrats, 18. 11. 1918

Volksbeauftragter Ebert¹: [...] Wir haben uns die Stellung des Vollzugsrats so gedacht, dass er zunächst ein Kontrollrecht ausüben kann über die örtlichen Betriebe, und da er ja zunächst nur örtlichen Charakter hat, nur dann, wenn in den einzelnen Betrieben Widerstand geleistet wird, den Richtlinien der Politik, wie wir sie eingeschlagen haben, eventuell unter Änderung der Personalien Geltung verschaffen kann. Ist das nicht der Fall, dann allerdings nehmen wir an, dass unter Kontrolle, Mitwirkung und Einvernehmen des Vollzugsrats die Geschäfte weitergeführt werden. Wegen eines Eingriffes in die Exekutive der Zentralbehörden ist zwischen uns überhaupt nichts verabredet worden. Wenn es derartig beabsichtigt ist, muss natürlich eine Vereinbarung getroffen werden. Es ist ganz unmöglich, dass wir, das engere Kabinett, die Beauftragten der beiden sozialistischen Parteien, die Reichsgeschäfte leiten und Anweisungen geben, während andererseits von dem örtlichen Vollzugsrat in Berlin ohne Fühlungnahme mit uns wieder in die Zentralbehörden eingegriffen wird, dass dort Anordnungen getroffen werden, ja dass sogar Personen abgesetzt werden, ohne dass wir etwas davon wissen.

Wir müssen bestrebt sein, unter den ungeheuren Schwierigkeiten, unter denen wir sonst leiden, die Maschine der Verwaltung, die Maschine der Ernährung, die Maschine der Rohstoffversorgung aufs beste funktionieren zu lassen. Die Soldaten und alle, die mit Organisationen zu tun haben, auch die Arbeiter wissen, dass eine Organisation nur funktioniert, wenn sie eine einheitliche Leitung hat und für die Abwicklung einheitliche Grundsätze bestehen. [...]

Volksbeauftragter Barth²: Wir haben alle Veranlassung, energisch dahin zu wirken, dass wir die ungeheuren Aufgaben, die in den nächsten Wochen an uns herantreten, geordnet regeln. Da ist es nicht richtig, wenn man sagt, der Vollzugsrat hat nur örtliche Angelegenheiten zu erledigen. (Zustimmung.) Dem Berliner Arbeiter- und Soldatenrat muss vorläufig das Recht eingeräumt werden, in seiner Gesamtheit zu Fragen Stellung zu nehmen, die eminent zentral sind. Das beweist, dass das Kabinett im Zirkus Busch von dem Berliner Arbeiter- und Soldatenrat bestätigt worden ist. Gesteht man ihm nur örtliche Funktionen zu, so hat man damals eine kolossale Eselei gemacht.

Der Arbeiter- und Soldatenrat vertritt die Auffassung, dass er vorläufig der Träger der Revolution ist, und er hat größere Befürchtungen vor einer Gegenrevolution, als man haben kann, wenn man näher in das Getriebe hineinblickt. Das Misstrauen bei den Arbeitern kann man sehr wohl begreifen, wenn Weisungen wie in den letzten Tagen kommen, wenn der eine erklärt, wenn die Nationalversammlung kommt, dann sind die Arbeiter- und Soldatenräte einfach erledigt, und wenn der andere erklärt, in vierzehn Tagen oder drei Wochen gibt es keinen Vollzugsrat mehr. So etwas erregt draußen die Gemüter aufs ungeheuerlichste und peitscht die Leidenschaften bis zur Siedehitze auf, und man glaubt, man hätte die Gegenrevolution direkt im Nacken. [...]

Weiter steht aber auch fest, dass die Vereinbarung sowohl zwischen beiden Parteien, als auch in der Versammlung im Zirkus Busch dahin ging, dass das Kabinett das unbeschränkte Recht hat, die Ressortministerien nach seinem Wissen und Gewissen mit guten, tüchtigen Kräften zu

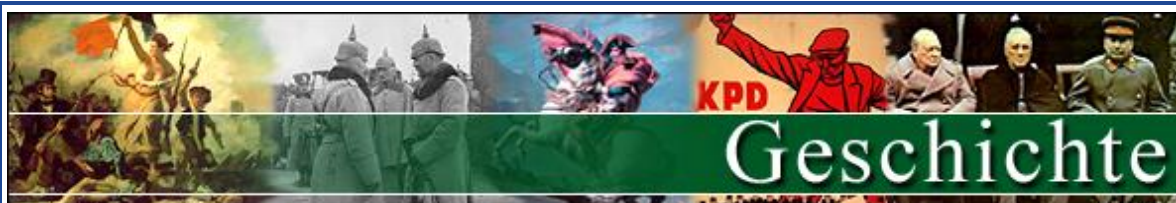
besetzen, die eben jetzt notwendig sind. Das Recht, gegen diesen oder jenen Ressortminister zu protestieren, steht dem Vollzugsrat nur insofern zu, dass er darüber eine Aussprache mit dem Kabinett herbeiführt. Wird in dieser Aussprache zwischen Kabinett und Vollzugsrat keine Klärung herbeigeführt, dann kann die Sache so bleiben, wie sie ist, oder man verhandelt weiter. Es handelt sich nicht um ein Vetorecht in dem Sinne, dass die Wahlen zur Bestätigung vorgelegt werden müssen. Das würde das dem Kabinett zugestandene Recht ganz entschieden verletzen. Der Vollzugsrat hat das ganze positive Recht, seine Monita vorzubringen, aber weiter nichts. [...]

Volksbeauftragter Haase³: Die konterrevolutionären Mächte, die Bourgeoisie, arbeiten darauf hin, die Konstituante überstürzt einzuberufen. Ich bitte dringend darum, dass wir nicht etwa in der Öffentlichkeit dieser Strömung Vorschub leisten, wir würden gerade dadurch Wilson und den anderen Gegnern diesen Gedanken nahelegen. [...]

Was die staatsrechtliche Frage angeht, so ist die Quelle aller Macht bei den Arbeiter- und Soldatenräten; von dieser Quelle leitet auch die Regierung ihre Macht ab, ohne das Vertrauen der Arbeiter- und Soldatenräte kann sie nicht bestehen. Solange aber die Arbeiter- und Soldatenräte dieser Regierung ihr Vertrauen schenken, darf von anderer Seite nicht in ihre Verwaltungsmaßnahmen eingegriffen werden, sonst kommt der ganze Organismus zum Stehen. Wollen sie uns oder Teile von uns nicht haben, so scheiden wir eben aus, so mögen sie andere von uns an unsere Stelle setzen. Es ist unbedingt notwendig, dass die Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands zu einem Delegiertentag zusammentreten und einen Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte bilden. Dann ist ein Organ da, das auch dem Ausland gegenüber als sichtbarer Träger der Gewalt von ganz Deutschland erscheint. [...]

Mitglied d. Vollzugsrates Däumig⁴: Wir alle, Sie sowohl von der Regierung, wie wir vom Vollzugsrat, sitzen hier aufgrund des revolutionären Rechtes, aufgrund des Auftrages, den uns die Arbeiter- und Soldatenräte übertragen haben. Wird aber dieser Auftrag in die Praxis übersetzt, so müssen Reibungen kommen, da die revolutionären Situationen, wie die Situation im Verwaltungsapparat noch lange nicht geklärt sind. Dass der Berliner Arbeiter- und Soldatenrat das Recht für sich in Anspruch nimmt, die machthabende ausschlaggebende Körperschaft in Deutschland zu sein, ist nur ein Provisorium, dessen möglichst schnelle Überwindung unsere Aufgabe ist. Darin sind wir wohl alle einig. Nun kommt es darauf an, die schwierigen Aufgaben, die uns die äußeren und inneren Zustände auferlegen, ohne Reibungen durchzufahren. Dabei ist nicht zu übersehen, dass die Revolution erst acht Tage alt ist und noch lange nicht ihren historisch vorgeschriebenen Lauf vollendet hat. Es wäre geradezu wahnwitzig, wenn wir jetzt schon die revolutionären Gewalten tot machten.

Volksbeauftragter Landsberg⁴ hat gemeint, die Souveränität liege jetzt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte in der Form des Berliner Vollzugsrates des Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenrates. Er hat aber erklärt, dass die volle unbeschränkte Exekutivgewalt in den Händen der Volksbeauftragten, der Ministerien des Reiches, wie vor allem auch Preußens liegen müsse; im gewissen Sinne sind wir der Meinung, auch in Händen des Vollzugsrates. Das geht aus unserer ersten Veröffentlichung hervor, in der es heißt, alle Kommunalen, alle Landes-, alle Reichs- und alle militärischen Behörden haben ihre Funktionen weiterzuführen; wir wollen nicht in die technischen Betriebe störend eingreifen. Ein gewaltiger Unterschied ist es aber, ob wir uns nicht vorbehalten müssen, diejenigen, an

**Titel:**

Ausführliche Quellenanalyse und Klausur mit Musterlösung, Erwartungshorizont und Korrekturformular

**Weimarer Republik – Die Dolchstoßlegende:
Rechte Propaganda zur Kriegsniederlage 1918****Bestellnummer:**

60196

Kurzvorstellung:

- Diese ausführliche Quellenanalyse mit Musterlösung und Erwartungshorizont für den Geschichtsunterricht der Mittel- und Oberstufe thematisiert die Dolchstoßlegende und ihre Bedeutung in der Weimarer Republik.
- Die SuS erarbeiten selbstständig, wie die Dolchstoßlegende als Vorwand für die Kriegsniederlage 1918 verwendet wird, um die republikanischen Kräfte zu destabilisieren. Darüber hinaus wird der Umgang mit verschiedenen Quellentypen geschult: Durch die Kombination einer Karikatur mit einer schriftlichen Quelle lernen die SuS, wie durch die Kombination der richtigen Quellentypen aufdecken kann, wie historische Ereignisse verschieden gedeutet und instrumentalisiert werden.
- Geschichtsklausuren von School-Scout sind gleich doppelt für Sie aufbereitet: Zum einen bieten wir Ihnen eine ausführliche Quellenanalyse mit Voranalyse und Hauptanalyse und zusätzlich eine ausgearbeitete Klausur inklusive Musterlösung, Erwartungshorizont und Benotungsformular zur schnellen und gerechten Korrektur.

Inhaltsübersicht:

- Zwei Quellen: Eine rechte Karikatur von 1923 zur Unterstützung der Dolchstoßlegende und ein parlamentarisches Gutachten von 1926 zur Untersuchung der deutschen Kriegsniederlage
- Voranalyse (historischer Kontext und Quellenkritik)
- Sprachliche und inhaltliche Analyse
- Arbeitsblatt inklusive Musterlösung und Erwartungshorizont zum Einsatz als mögliche Klausur
- Benotungsformular zur schnellen und gerechten Bewertung

Einleitung

Die folgende Quellenanalyse befasst sich mit der Kontroverse um die Dolchstoßlegende in der Weimarer Republik. Die Schülerinnen und Schüler (SuS) erarbeiten selbstständig, wie sie als Vorwand für die Kriegsniederlage 1918 verwendet wurde, um die republikanischen Kräfte zu destabilisieren. Darüber hinaus wird der Umgang mit verschiedenen Quellentypen geschult: Durch die Kombination einer Karikatur mit einer schriftlichen Quelle lernen die SuS, dass man durch die Kombination der richtigen Quellentypen aufdecken kann, wie verschieden historische Ereignisse gedeutet und instrumentalisiert werden.

Die Quellen

A) KARIKATUR ZUR DOLCHSTOßLEGENDE VON 1923



B) GUTACHTEN DES SACHVERSTÄNDIGEN HERZ VOR DEM PARLAMANTARISCHEN AUSSCHUSS ZUR UNTERSUCHUNG DER URSACHEN DES DEUTSCHEN ZUSAMMENBRUCHS, 1926¹

„[...] Es ist richtig, dass die Revolution die Ablehnung der Waffenstillstandbedingungen unmöglich machte und das Heer durch Auflösung der Ordnung hinter der Front gefährdete. Es ist aber ein Widerspruch, zu sagen, dass ein Heer durch Agitation so verseucht gewesen sei, dass es geschlagen wurde, und zugleich zu sagen, trotz dieser Zersetzung der Kampffähigkeit des Heeres hätte man weiterkämpfen müssen und können. Es ist unlogisch, zu behaupten, die „Friedensduselei“ der Heimat sei verhängnisvoll geworden, weil die Feinde in keinem Zeitpunkt des Krieges einen Verständigungsfrieden schließen wollten, und in demselben Atemzuge zu behaupten, die Revolution trage an dem Vernichtungsfrieden und der ihn vorbedingenden Waffenstreckung Schuld. Es ist eine Geschichtsklitterung durch Verschiebung der zeitlichen Folge der Geschehnisse, dass ohne die Revolution die Entente nicht gewagt hätte, uns die Kapitulation zuzumuten, da die Bedingungen festgelegt waren, ehe sie überhaupt von ihr erfahren hatte. Es ist ein „Hysteron proteron“ [zeitliche Umstellung], die Niederlage als Folge der Revolution hinzustellen; die revolutionäre Agitation hatte im Heere und in der Heimat erst Erfolg, als die Niederlage offenbar geworden war. [...]

Unehrlich ist es, die taktischen und strategischen Fehler, die stündlich wachsende Übermacht der Feinde an Menschen und Material, die Übermüdung der ruhelos umhergehetzten und kärglich ernährten Truppen, den Zusammenbruch der Bundesgenossen auszuschalten. Selbst wenn der Geist des Heeres an einzelnen Stellen und auch der des Ersatzes durch revolutionäre Propaganda gelitten haben sollte, es ist nichts dafür erbracht, dass ein Versagen von Truppen aus diesem Grunde den Verlust einer Schlacht oder eines Feldzuges oder des Krieges entschied. Die Erzählung, dass die Front von hinten erdolcht worden sei, ist eine Fabel.“

Voranalyse

HISTORISCHER KONTEXT (WANN UND WO?)

Beide Quellen befassen sich mit der sog. Dolchstoßlegende. Diese bezog sich auf die Niederlage des Deutschen Reiches im 1. Weltkrieg und spielte in der Weimarer Republik eine wichtige Rolle. Deshalb muss beim Historischen Kontext sowohl auf das Kriegsende als auch auf die Weimarer Republik eingegangen werden.

¹ Zitiert nach: Peter Longerich (Hg.): Die Erste Republik. Dokumente zur Geschichte des Weimarer Staates, München 1992, S. 135-137.



Titel: Ausführliche Quellenanalyse und Klausur mit Musterlösung, Erwartungshorizont und Korrekturformular

Weimarer Republik – Die Hyperinflation von 1923

Bestellnummer: 60048

Kurzvorstellung:

- Diese ausführliche Quellenanalyse mit Musterlösung und Erwartungshorizont für den Geschichtsunterricht der Mittel- und Oberstufe thematisiert die Hyperinflation von 1923.
- Die Quellen umfassen Statistiken zur Geldentwertung und Wirtschaftsleistung sowie der Aufruf der Regierung zur Beendigung des Ruhrkampfes. Auf diese Weise trainieren die SuS den Umgang mit verschiedenen Quellentypen und verknüpfen selbstständig die Hyperinflation mit der Ruhrbesetzung als eine ihrer Ursachen.
- Geschichtsklausuren von School-Scout sind gleich doppelt für Sie aufbereitet: Zum einen bieten wir Ihnen eine ausführliche Quellenanalyse mit Voranalyse und Hauptanalyse und zusätzlich eine ausgearbeitete Klausur inklusive Musterlösung, Erwartungshorizont und Benotungsformular zur schnellen und gerechten Korrektur.

Inhaltsübersicht:

- Drei Quellen: Zwei Statistiken und der Aufruf der Reichsregierung zur Beendigung des Generalstreiks im Ruhrgebiet
- Voranalyse (historischer Kontext und Quellenkritik)
- Sprachliche und inhaltliche Analyse
- Arbeitsblatt inklusive Musterlösung und Erwartungshorizont zum Einsatz als mögliche Klausur
- Korrekturformular zur schnellen und gerechten Bewertung



Internet: <http://www.School-Scout.de>
E-Mail: info@School-Scout.de

Einleitung

Die folgende Quellenanalyse befasst sich mit der Hyperinflation von 1923. Die Quellen umfassen Statistiken zur Geldentwertung und Wirtschaftsleistung sowie den Aufruf der Regierung zur Beendigung des Ruhrkampfes. Auf diese Weise trainieren die SuS den Umgang mit verschiedenen Quellentypen und verknüpfen selbstständig die Hyperinflation mit der Ruhrbesetzung als eine ihrer Ursachen.

Die Statistik zur Entwicklung des Volkseinkommens knüpft eine Verbindung zwischen der Inflation, der politischen Geschichte und der Wirtschaftsleistung. Allerdings erhöht sie auch den Umfang und das Niveau der Analyse erheblich. Deshalb kann sie abhängig von der Leistungsstärke der SuS im Zweifel ausgeklammert werden, da die anderen beiden Quellen für eine stimmige Analyse ausreichen.

Die Quellen

A) ENTWICKLUNG DER WIRTSCHAFT IN DEUTSCHLAND ZWISCHEN 1913 UND 1924*

	1913	1914	1919	1920	1921	1922	1923	1924
Entwicklung des Volkseinkommens*	100	-	67,1	74	79,3	82,6	74,4	87,3
Anteil der öffentlichen Ausgaben am Volkseinkommen in %	14,5	-	43	42	34	24	47	31
Entwicklung der Industrieproduktion*	100	-	38	55	56	72	47	70
Arbeitslosigkeit in %	2,9	-	3,7	3,8	2,8	1,5	10,2	13,1
Dollarkurs der Reichsmark	-	4,2	8,9	42	60,43	199,40	31.1.1923: 49.000 8.8.1923: 4.860.000 3.10.1923: 440.000.000 11.10.1923: 5.060.000.000 22.10.1923: 32.150.000.000 9.11.1923: 628.500.000.000	Neue Währung: 1 Rentenmark = 4,2\$

*Es handelt sich jeweils um einen Index, d.h. die Zahl 100 steht für das Niveau bei Beginn der Messung. Alle folgenden Werte orientieren sich daran, d.h. ein Wert von 108 im Folgejahr würde ein Wachstum von 8% bedeuten.

B) LEBENSMITTELPREISE 1914 BIS NOVEMBER 1923

	1 Pfund Brot	1 Zentner Kartoffeln	1 Pfund Fleisch
1914	0,13 Reichsmark	0,04	0,9
1919	0,26	0,12	2,20
1922	3,50	160	50
1/1923	700	3.000	2.000
5/1923	1.200	5.000	12.000
8/1923	100.000	5.000.000	800.000
10/1923	670.000.000	1.500.000.000	1.500.000.000
11/1923	0,50 Rentenmark	6	2,40

C) AUFRUF DES REICHSPRÄSIDENTEN UND DER REICHSREGIERUNG ZUM ABRUCH DES RUHRKAMPFES VOM 26. SEPTEMBER 1923¹

„An das deutsche Volk!

Am 11. Januar haben französische und belgische Truppen wider Recht und Vertrag das deutsche Ruhrgebiet besetzt. Seit dieser Zeit haben Ruhrgebiet und Rheinland schwerste Bedrückungen zu erleiden. Über 180.000 deutsche Männer, Frauen, Greise und Kinder sind von Haus und Hof vertrieben worden, für Millionen Deutsche gibt es den Begriff der persönlichen Freiheit nicht mehr. Gewalttaten ohne Zahl haben den Weg der Okkupation begleitet. Mehr als hundert Volksgenossen haben ihr Leben dahingeben müssen, Hunderte schmachten noch im Gefängnis. Gegen Unrechtmäßigkeit des Einbruchs erhoben sich Rechtsgefühl und vaterländische Gesinnung. Die Bevölkerung weigerte sich, unter fremden Bajonetten zu arbeiten. Für diese dem Deutschen Reiche in schwerster Zeit bewiesene Treue und Standhaftigkeit dankt das ganze deutsche Volk. Die Reichsregierung hatte es übernommen, nach ihren Kräften für die leidenden Volksgenossen zu sorgen. In immer steigendem Maße sind die Mittel des Reichs dadurch in Anspruch genommen worden. In der abgelaufenen Woche erreichten die Unterstützungen für Rhein und Ruhr die Summe von 3.500 Billionen Mark. In der laufenden Woche ist mindestens die Verdoppelung dieser Summe zu erwarten. Die einstige Produktion des Rheinlandes und des Ruhrgebietes hat aufgehört. Das Wirtschaftsleben im besetzten und unbesetzten Deutschland ist zerrüttet. Mit fruchtbarem Ernst droht die Gefahr, dass bei Festhalten an dem bisherigen Verfahren die Schaffung einer geordneten Währung, die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens und damit die Sicherung der nackten Existenz für unser Volk unmöglich gemacht wird. Diese Gefahr muss im Interesse der Zukunft abgewendet werden. Um das Leben von Volk und Staat zu erhalten, stehen wir heute vor der bitteren Notwendigkeit, den Kampf abzubrechen. [...]"

¹ Zitiert nach: Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellungen. Band 9: Weimarer Republik und Drittes Reich 1918-1945, hg. von Heinz Hürten, Stuttgart 2012.



Titel:

Ausführliche Quellenanalyse und Klausur mit Musterlösung, Erwartungshorizont und Korrekturformular

Weimarer Republik – Kommentare zum 10. Jahrestag des Kriegsausbruchs 1914 als Bewertung der Demokratie

Bestellnummer:

60198

Kurzvorstellung:

- Diese ausführliche Quellenanalyse mit Musterlösung und Erwartungshorizont für den Geschichtsunterricht der Mittel- und Oberstufe befasst sich mit zwei Kommentaren, die anlässlich des 10. Jahrestages des Ausbruchs des 1. Weltkriegs verfasst wurden. In beiden Fällen ist dies Anlass, sich auf die aktuelle Situation der Weimarer Republik zu beziehen. Sie stehen damit stellvertretend für die Belastung, die der vergangene Krieg für die junge Republik nicht allein materiell, sondern auch gesellschaftlich bedeutete.
- Da die Kommentare aus zwei verschiedenen politischen Lagern (dem liberalen und dem links-intellektuellen Milieu) stammen und dem Kriegsausbruch jeweils eine andere Bedeutung geben, bieten sie sich zudem an, mit den SuS quellenkritisches Arbeiten zu trainieren.
- Geschichtsklausuren von School-Scout sind gleich doppelt für Sie aufbereitet: Zum einen bieten wir Ihnen eine ausführliche Quellenanalyse mit Voranalyse und Hauptanalyse und zusätzlich eine ausgearbeitete Klausur inklusive Musterlösung, Erwartungshorizont und Benotungsformular zur schnellen und gerechten Korrektur.

Inhaltsübersicht:

- Zwei Quellen: Ein Zeitungsartikel von Kurt Tucholsky von 1924 und ein Artikel der Vossischen Zeitung zum 10. Gedenktag des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs
- Voranalyse (historischer Kontext und Quellenkritik)
- Sprachliche und inhaltliche Analyse
- Arbeitsblatt inklusive Musterlösung und Erwartungshorizont zum Einsatz als mögliche Klausur
- Benotungsformular zur schnellen und gerechten Bewertung

Einleitung

Die folgende Quellenanalyse befasst sich mit zwei Kommentaren, die anlässlich des 10. Jahrestages des Ausbruchs des 1. Weltkriegs verfasst wurden. In beiden Fällen aber wird dies zum Anlass genommen, um sich auf die aktuelle Situation der Weimarer Republik zu beziehen. Sie stehen damit stellvertretend für die Belastung, die der vergangene Krieg für die junge Republik nicht allein materiell, sondern auch gesellschaftlich bedeutete.

Da die Kommentare aus zwei verschiedenen politischen Lagern – dem liberalen und dem links-intellektuellen Milieu – stammen und dem Kriegsausbruch jeweils eine andere Bedeutung geben, bieten sie sich zudem dafür an mit den SuS quellenkritisches Arbeiten zu trainieren.

Die Quellen

A) KURT TUCHOLSKY IN DER ZEITUNG „DIE WELTBÜHNE“ VOM 7.8.1924

Der Geist von 1914

Die Woge von Betrunkenheit, die heute vor zehn Jahren durchs Land ging, hat eine Schar Verkaterter hinterlassen, die kein andres Mittel gegen ihren Katzenjammer kennen, als sich noch einmal zu betrinken. Sie haben nichts gelernt.

Der geistige Grundgehalt, auf dem Deutschland heute noch steht, entspricht etwa dem der Gründerjahre. Seitdem ist kein geistiges Massenerlebnis über das Land hinweggegangen, denn der Krieg war keines. Er hat Körper zu Kadavern gemacht – die Geister hat er völlig unberührt gelassen. 1879 – 1914 – 1924: die Jahre unterscheiden sich nur durch ihre Terminologie. 1914 ist die logische Folge der Gründerjahre, und seitdem hat sich nichts geändert. [...]

Es gibt keinen deutschen Staatsmann, der von der Denkart der alten Monarchie je ganz abgerückt wäre. Es gibt kaum einen deutschen Hochschullehrer von Format, der seinen Schülern jemals zu sagen gewagt hätte: Jeder Krieg ist ein Verbrechen, dieser war ein doppeltes – am Land und am Geist. Es gibt keinen deutschen Kirchenmann, der seine Mithilfe an diesem Morden versagt hätte. Und es gibt außer Leonhard Nelson keinen deutschen Philosophen, der die geistigen Grundlagen, grade das, was seit 1870 fast unbestritten gepredigt wird, mit den Mitteln des Geistes angegriffen hätte. Sie bejahen es fast alle. [...]

Nach dem Waffenstillstand, den die Mittelparteien in ihrer unendlichen Torheit selber unterzeichneten – drüben Foch, bei uns Erzberger –, kam die grauenhafte Angst um das Portemonnaie. Und da war alles aus.

Die geradezu kindische Furcht vor einem Bolschewismus, der in Deutschland niemals von Dauer gewesen wäre, ja, der bei uns gar keine geistige Vorbereitung hatte, also in einem zivilisatorisch so vorgebildeten Lande gar nicht Platz greifen konnte – diese Angst war zuletzt der tiefste Ausdruck von der Unwandelbarkeit der alten Gesinnung. Es war der alte Geist von 1914. Und der hatte seine festen Grundsätze, die 1875 gegolten hatten, die im Kriege galten, und die heute noch genau so gelten. Diese Grundsätze sind unter andern:

Man braucht nichts zu sein – man muß etwas werden. Der Vorgesetzte hat immer recht. Wenn du Geld verdienst, such dir gleichzeitig eine Philosophie dazu, die dir ›recht‹ gibt. Du brauchst dir nie vorzustellen, wie dem andern zu Mute ist; tu so, als ob du allein auf der Welt wärest. Es ist alles nicht so schlimm. Herrschaft verleiht Rechte, nicht Pflichten.

Man kann diesen Katechismus beliebig erweitern; es war der grauenhafte Typus des ›Untertans‹, dieses sadistisch-masochistischen Kommiss im Stahlhelm, ein trauriges Produkt der letzten Zivilisationsjahre, versehen mit einem ganzen Vokabularium mittelalterlicher Begriffe. [...]

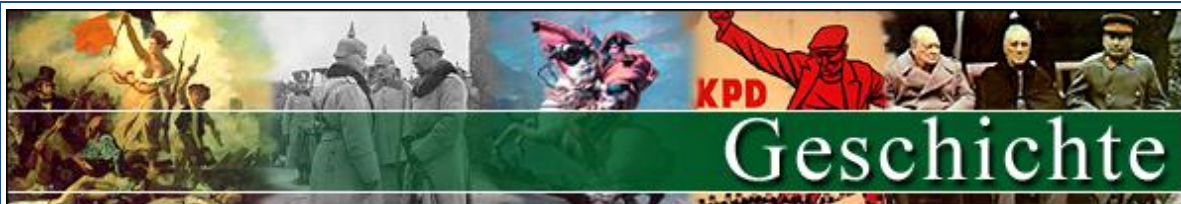
Das war ein Kerl aus Fleisch und Blut: stramm, schwer, nicht einmal ganz unelegant in seiner Art, morgens mit der Frisierhaube auf dem Kopf; einer guten Autofahrt, einem guten Tropfen und – in den ersten Anfängen schon – einem unterhaltsamen Buch gar nicht einmal abgeneigt. Fremdwörter verwechseln –? Die Begriffe saßen fest, und das genügte. Sie hießen: Ja sagen, Erfolg haben, skrupelloser, brutaler, fixer und gewitzter sein als der andre – und möglichst all das auf dessen Kosten. Er machte sich.

Diese Burschen sind sämtlich gut national. Bis tief hinein in die jüdischen Kreise (von denen ein Teil heute noch deutschnational wählte, wäre diese Partei nicht so dumm, in Antisemitismus zu machen) – bis tief hinein in die Kaufmannskreise herrscht diese Gesinnung vor. Geschäfte machen, ein bißchen Steuern zahlen; den Staat pro forma anerkennen, man kann ihn brauchen. [...]

Und so sieht also dieses Deutschland aus seinen kurzsichtigen Augen durch Brillengläser in die Welt:

»Wir haben den Krieg nicht verloren – ihr habt ihn bloß gewonnen. Besiegt ist niemand, am allerwenigsten wir. Wir haben die Gnade, mit euch wieder Geschäfte machen zu wollen – wenns sein muß, kriechen wir euch auch ein bißchen nach, aber nicht sehr. Ihr müßt natürlich verstehen, dass es aus ›taktischen Erwägungen‹ nötig und nützlich ist, dass wir bei jeder Denkmalseinweihung das gesamte Ausland maßlos beschimpfen – zum Teil glauben wir auch selbst daran. Auf den Konten sind wir international. Unsre Worte nach innen sind wahr und unwahr, ganz, wie wir das gebrauchen können. Wir sind übrigens der Mittelpunkt der Erde!«

Und dann wundern sie sich, wenn drüben reagiert wird. Was auch in Frankreich geschieht – es ist vor allem aus dem einen Motiv zu erklären: Frankreich hat Angst. Und diese Angst ist berechtigt. [...]

**Titel:**

Klausur zur Quellenanalyse mit Aufgaben, Musterlösung und Erwartungshorizont

Gustav Stresemann vor dem Völkerbund, 10.09.1926

Bestellnummer:

44805

Kurzvorstellung:

- Diese ausführliche Quellenanalyse mit Musterlösung und Erwartungshorizont für den Geschichtsunterricht der Oberstufe behandelt die Rede von Reichsaußenminister Gustav Stresemann vor der Völkerbundversammlung am 10.09.1926.
- Der Beitritt des Deutschen Reiches zum Völkerbund am 8. September 1926 markiert einen Wendepunkt in der europäischen Außenpolitik nach dem Ersten Weltkrieg. Zwei Tage später hält Gustav Stresemann eine Rede, die als eine Art Bericht zur allgemeinen Lage gilt. Hier geht der deutsche Außenminister auf die Probleme der jüngsten Vergangenheit, die Möglichkeiten der Gegenwart und seine Vorstellungen für eine gemeinsame Zukunft ein. Dabei spricht er neben der Politik auch Entwicklungen der Weltwirtschaft und der europäischen Gesellschaft an.
- Diese Unterrichtshilfe präsentiert die Anwendung einer speziellen Quelleninterpretationsvorlage. Anhand dieser Vorlage werden die einzelnen Anforderungen bearbeitet und die entsprechenden Ergebnisse vorgestellt.

Inhaltsübersicht:**TEIL 1**

- Der Inhalt der Rede inklusive des nichtoffiziellen Hauptteils
- Ausführliche theoretische Grundlagen der Bearbeitung (Quellenkritik und historischer Kontext)

TEIL 2

- Aufgabenblatt mit Quellentext und Klausuraufgaben
- Musterlösung zur praktische Umsetzung der einzelnen Aspekte einer Quelleninterpretation
- Erwartungshorizont zur erleichterten Bewertung

Quelle: Rede des Reichsaußenministers Gustav Stresemann anlässlich des deutschen Beitritts zum Völkerbund am 10.09.1926 (Auszüge)

„[...] Seit der Begründung des Völkerbundes ist ein Zeitraum von mehr als sechs Jahren verstrichen. Es hat somit einer längeren Entwicklung bedurft, bis die politische Gesamtlage so gestaltet war, daß die deutsche Mitgliedschaft im Völkerbund möglich wurde. Noch in diesem Jahre sind große Schwierigkeiten zu überwinden gewesen, ehe dem Entschluß Deutschlands der einmütige Beschluß des Völkerbunds folgte. [...]

Deutschland tritt mit dem heutigen Tage in die Mitte von Staaten, mit denen es zum Teil seit langen Jahrzehnten in ungetrübter Freundschaft verbunden ist, die zum anderen Teil im letzten Weltkrieg gegen Deutschland verbündet waren. Es ist von geschichtlicher Bedeutung, daß Deutschland und diese letzteren Staaten sich jetzt im Völkerbund zu dauernder, friedlicher Zusammenarbeit zusammenfinden. Diese Tatsache zeigt deutlicher, als Worte und Programme es können, daß der Völkerbund berufen sein kann, dem politischen Entwicklungsgang der Menschheit eine neue Richtung zu geben. [...]

Wir sehen in vielen Staaten den Niederbruch wertvollster, für den Staat unentbehrlicher geistiger und wirtschaftlicher Schichten. Wir erleben die Bildung von neuen und das Hinsinken von alten Formen der Wirtschaft. Wir sehen, wie die Wirtschaft die alten Grenzen der Länder sprengt und neue Formen internationaler Zusammenarbeit erstrebt. Die alte Weltwirtschaft hatte für ihre Zusammenarbeit keine Satzungen und Programme, aber sie beruhte auf dem ungeschriebenen Gesetz des traditionellen Güteraustausches zwischen den Erdteilen. Ihn wiederherzustellen, ist unsere Aufgabe. Wollen wir eine ungestörte weltwirtschaftliche Entwicklung, dann wird das nicht geschehen durch Abschließung der Gebiete voneinander, sondern durch Überbrückung dessen, was bisher die Wirtschaft der Völker trennte.

Wichtiger aber als alles materielle Geschehen ist das seelische Leben der Nationen. Eine starke Gärung der Gedanken kämpft unter den Völkern der Erde. Die einen vertreten das Prinzip der nationalen Geschlossenheit und verwerfen die internationale Verständigung, weil sie das national Gewordene nicht durch den allgemeinen Begriff der Menschheit ersetzen wollen. Ich bin der Meinung, daß keine Nation, die dem Völkerbund angehört, dadurch ihr nationales Eigenleben irgendwie aufgibt. [...]

Diese innere Verpflichtung zu friedlichem Zusammenwirken besteht auch für die großen moralischen Menschheitsfragen. Kein anderes Gesetz darf für sie gelten als das Gesetz der Gerechtigkeit. Das Zusammenarbeiten der Nationen im Völkerbunde muß und wird dazu führen, auch auf diese moralischen Fragen im Völkerleben die gleiche Antwort zu geben. Denn das sicherste Fundament für den Frieden ist eine Politik, die getragen wird von gegenseitigem Verstehen und gegenseitiger Achtung der Völker. Deutschland hat sich schon vor seinem Eintritt in den Völkerbund bemüht, im Sinne friedlichen Zusammenwirkens zu arbeiten. Davon zeugt die deutsche Initiative, die zu dem Pakt von Locarno führte. Davon zeugen die jetzt nahezu mit allen Nachbarstaaten abgeschlossenen deutschen *Schiedsverträge*. Die deutsche Regierung ist entschlossen, diese Politik mit aller Entschiedenheit weiterzuverfolgen. Sie kann mit Genugtuung feststellen, daß diese Gedanken – anfangs in Deutschland heftig umkämpft – sich allmählich immer mehr das deutsche Volksbewußtsein erobert haben, so daß die deutsche Regierung auch für die große Mehrheit des deutschen Volkes spricht, wenn sie erklärt, daß sie sich an den Aufgaben des Völkerbundes mit voller Hingebung beteiligen wird. [...]

Neben mancher anderen Schöpfung des Völkerbundes kommt hier vor allem das Streben nach einer internationalen Rechtsordnung in Betracht, das in der Gründung des *Weltgerichtshofs* sichtbaren Ausdruck gewonnen hat.

Von besonderer Bedeutung für die Festigung einer Friedensordnung zwischen den Völkern sind ferner die Bestrebungen, die sich auf die *Abrüstung* beziehen. Die völlige Abrüstung Deutschlands ist durch den Vertrag von Versailles als Beginn der allgemeinen Abrüstung festgesetzt worden. Möge es gelingen, einer allgemeinen Abrüstung in praktischer Arbeit näherzukommen und damit den Beweis zu erbringen, daß eine starke positive Kraft den großen Idealen des Völkerbundes schon jetzt innewohnt.

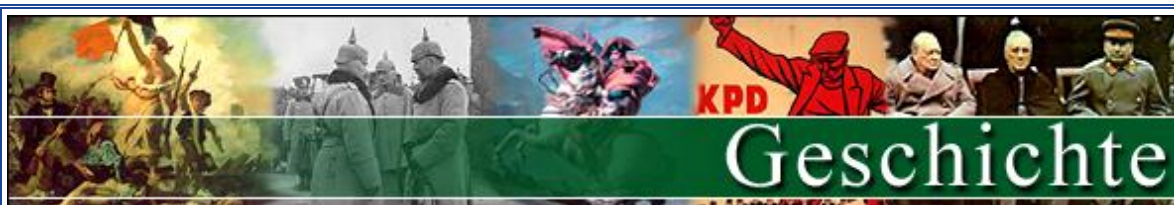
Deutschlands Beziehungen zum Völkerbund werden freilich nicht ausschließlich durch die jetzt gegebene Möglichkeit der Mitarbeit an den großen allgemeinen Zielen bestimmt. Der Völkerbund ist vielmehr in mancher Beziehung auch Erbe und Vollstrecker der Verträge von 1919. Daraus haben sich, wie ich offen ausspreche, in der Vergangenheit vielfach Gegensätze zwischen dem Völkerbund und Deutschland ergeben. Ich hoffe, daß sich die Behandlung der hierbei in Betracht kommenden Fragen infolge unserer künftigen Mitarbeit im Völkerbunde leichter gestalten wird. Auch hier wird gegenseitiges Vertrauen eine größere politische Schöpferkraft besitzen als andere Methoden. Dem Völkerbundsgedanken widerstrebt es, die im Bunde mitarbeitenden Nationen zu trennen in solche, mit denen Sympathien oder Antipathien die einzelnen Mitarbeitenden verbinden. Ich lehne in diesem Zusammenhange auch ganz entschieden die Auffassung ab, als wenn die Stellung, die Deutschland bisher in Angelegenheiten des Völkerbundes eingenommen hat, von solchen Sympathien oder Antipathien eingegeben worden wäre. Deutschland wünscht mit allen Nationen, die im Völkerbunde und im Rate des Völkerbundes vertreten sind, auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens zusammenzuarbeiten.

Noch hat der Völkerbund sein Ziel nicht erreicht, alle Weltmächte in sich zu umfassen. [...]

Erst durch die *Universalität* wird der Bund vor jeder Gefahr geschützt, seine politische Kraft zu anderen Diensten als zu reinen Friedensdiensten einzusetzen. Nur auf der Grundlage einer Gemeinschaft, die alle Staaten ohne Unterschied in voller Gleichberechtigung umspannt, können Hilfsbereitschaft und Gerechtigkeit die wahren Leitsterne des Menschenschicksals werden.

Nur auf dieser Grundlage läßt sich der Grundsatz der Freiheit aufbauen, um den jedes Volk ringt wie jedes Menschenwesen. Deutschland ist entschlossen, sich in seiner Politik auf den Boden dieser erhabenen Ziele zu stellen. Für alle hier versammelten Völker gilt das Wort eines großen Denkers, daß wir Menschen uns zu dem Geschlecht bekennen, das aus dem Dunkel ins Helle strebt. Möge die Arbeit des Völkerbundes sich auf der Grundlage der großen Begriffe *Freiheit, Friede und Einigkeit* vollziehen, dann werden wir dem von uns allen erstrebten Ziele näherkommen. Daran freudig mitzuarbeiten, ist Deutschlands fester Wille.

Zitiert nach: Gustav Stresemann, Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden, hg. v. Henry Bernhard, Bd. 2, Berlin 1932, S. 591-595.



Titel: *Ausführliche Quellenanalyse und Klausur mit Musterlösung, Erwartungshorizont und Korrekturformular*

Der Artikel 48 in der Weimarer Verfassung und seine Bedeutung

Bestellnummer: 60195

- Kurzvorstellung:**
- Diese ausführliche Quellenanalyse mit Musterlösung und Erwartungshorizont für den Geschichtsunterricht der Mittel- und Oberstufe thematisiert den Artikel 48 der Weimarer Verfassung und die darauf fußenden sog. Präsidialkabinette von 1930-1932.
 - Ausgehend von einem Artikel eines SPD-Abgeordneten erläutern die SuS die Funktionsweise der Präsidialkabinette und bewerten die Rolle des Artikels 48 für den Untergang der Weimarer Republik.
 - Geschichtsklausuren von School-Scout sind gleich doppelt für Sie aufbereitet: Zum einen bieten wir Ihnen eine ausführliche Quellenanalyse mit Voranalyse und Hauptanalyse und zusätzlich eine ausgearbeitete Klausur inklusive Musterlösung, Erwartungshorizont und Benotungsformular zur schnellen und gerechten Korrektur.

- Inhaltsübersicht:**
- Quelle: Artikel des SPD-Abgeordneten Rudolf Hilferding vom Mai 1930, einen Monat nach Brüning's Ankündigung, im Zweifel mithilfe des Artikels 48 am Parlament vorbei zu regieren.
 - Voranalyse (historischer Kontext und Quellenkritik)
 - Sprachliche und inhaltliche Analyse
 - Arbeitsblatt inklusive Musterlösung und Erwartungshorizont zum Einsatz als mögliche Klausur
 - Benotungsformular zur schnellen und gerechten Bewertung

Einleitung

Die folgende Quellenanalyse befasst sich mit Artikel 48 der Weimarer Verfassung und den darauf fußenden sog. Präsidialkabinetten von 1930-1932.

Ausgehend von einem Artikel eines SPD-Abgeordneten erläutern die SuS die Funktionsweise der Präsidialkabinette und bewerten die Rolle des Artikels 48 für den Untergang der Weimarer Republik.

Die Quellen

RUDOLF HILFERDING: DER AUSTRITT AUS DER REGIERUNG (AUS DER ZEITSCHRIFT: DIE GESELLSCHAFT 7/1930, HEFT 5, MAI 1930):*

[...] Es ist sicher richtig, dass die Republik in der gegenwärtigen Situation von einem gewaltsamen Umsturz kaum mehr bedroht ist. Hier liegt nicht die Gefahr. Das besagt aber durchaus nicht, dass die Zukunft des deutschen Parlamentarismus und der Demokratie nicht in anderer Weise gefährdet werden kann. Die deutsche Reichsverfassung weist einen zwiespältigen Zug auf. Hugo Preuß glaubte gewisse Vorzüge der parlamentarischen Verfassung mit solchen des amerikanischen Systems verbinden zu können, bei dem der vom Volk gewählte Präsident zugleich der Chef der Regierung und Verwaltung ist. So steht neben der durch das Vertrauen des Parlaments eingesetzten Regierung der Reichspräsident mit an sich weitgehenden Vollmachten, die zudem nicht immer juristisch ganz zweifelsfrei gefasst sind und deshalb der Interpretation unterliegen. Aber wichtiger für eine Verfassung als ihr Wortlaut und ihre Interpretation ist die tatsächliche politische Entwicklung. Und es unterliegt keinem Zweifel, dass, wenn das Parlament in seiner grundlegenden und wichtigsten Funktion versagt, nämlich eine Regierung zu bilden, die Macht des Reichspräsidenten sich auf Kosten und durch Schuld des Parlaments erweitert und der Reichspräsident Funktionen ausüben muss, die zu erfüllen sich der Reichstag versagt. Nimmt man hinzu, dass diese Lähmung des Parlaments von sehr starken Gruppen direkt gewünscht und gefördert wird, so wird man verstehen, dass die eigentliche Gefahr für die Zukunft des deutschen Parlamentarismus nicht von außen, nicht von einem gewaltsamen Putsch her droht, sondern von innen her [...]

Und in der Tat trat die Regierung Brüning als antiparlamentarische Regierung ins Leben. Nicht in dem Sinne, dass sie etwa das Parlament und das parlamentarische System unter allen Umständen beseitigen wollte. Aber die Situation war so, dass sie auch ohne und gegen das Parlament regiert hätte. Sie war nicht aus dem Vertrauen einer parlamentarischen Mehrheit entstanden, sondern auf Wunsch des Reichspräsidenten zur Durchsetzung bestimmter Maßnahmen auch ohne das Parlament gebildet worden. Sie verfügte nicht nur über das Recht der Auflösung [des Reichstags] [...], sondern auch über die Anwendungsmöglichkeit des Artikels 48[...]. Dass schließlich sich im Parlament eine Zufallsmehrheit von vier Stimmen fand und dadurch die Anwendung des Artikels 48 wegfiel, war eben ein Zufall, allerdings einer von historischer Bedeutung. Denn er rettete zunächst den deutschen Parlamentarismus vor einer schweren Erschütterung, deren weitere

Konsequenzen niemand hätte voraussehen können. Denn wenn einmal eine so weitgehende Anwendung des Artikels 48 wie die Einführung neuer Steuern und vielleicht neuer Zollgesetze erfolgt ist, so bleibt auf alle Fälle eine langdauernde Schwächung des Parlaments zurück. Und man weiß zwar beim Artikel 48, wie es anfängt, nicht aber wie es fortgeht und endet. [...]

** Rudolf Hilferding saß zwischen 1924 und 1933 als SPD-Abgeordneter im Reichstag und war 1923 sowie von 1928 bis 1929 Finanzminister des Deutschen Reiches*

ERGÄNZENDE QUELLEN

ARTIKEL 25 DER WEIMARER VERFASSUNG

- (1) Der Reichspräsident kann den Reichstag auflösen, jedoch nur einmal aus dem gleichen Anlass.
- (2) Die Neuwahl findet spätestens am sechzigsten Tage nach der Auflösung statt.

ARTIKEL 48 DER WEIMARER VERFASSUNG

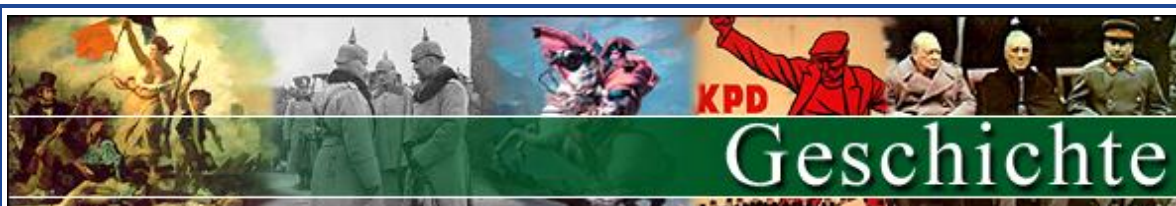
- (1) Wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt, kann der Reichspräsident es dazu mit Hilfe der bewaffneten Macht anhalten.
- (2) Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reich die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. Zu diesem Zwecke darf er vorübergehend die in den Artikeln 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 festgesetzten Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen.
- (3) Von allen gemäß Abs. 1 oder Abs. 2 dieses Artikels getroffenen Maßnahmen hat der Reichspräsident unverzüglich dem Reichstag Kenntnis zu geben. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichstages außer Kraft zu setzen.
- (4) Bei Gefahr im Verzuge kann die Landesregierung für ihr Gebiet einstweilige Maßnahmen der in Abs. 2 bezeichneten Art treffen. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichspräsidenten oder des Reichstages außer Kraft zu setzen.
- (5) Das Nähere bestimmt ein Reichsgesetz.

Voranalyse

HISTORISCHER KONTEXT (WANN UND WO?)

Der Artikel Hilferdings stammt vom Mai 1930, entstand also genau an einem Wendepunkt in der Weimarer Republik, ab dem die Zeit der sog. Präsidialkabinette begann, d.h. von Regierungen, die keine parlamentarische Mehrheit hinter sich hatten und alleine mithilfe von Notverordnungen des Reichspräsidenten gemäß Artikel 48 der Verfassung regierten.

Nach eine Phase der relativen Stabilität Mitte der 20er-Jahre stürzte die Weltwirtschaftskrise 1929 die Weimarer Republik auch in eine politische Krise. Schon in den Jahren zuvor hatte kein Kabinett eine volle Legislaturperiode regieren können, was auch an der mangelnden Kompromissbereitschaft der demokratischen Parteien lag, die in ihrer Konkurrenz letztlich den Parlamentarismus schwächten.



Titel: *Ausführliche Quellenanalyse und Klausur mit Musterlösung, Erwartungshorizont und Korrekturformular*

Die Reichstagswahlen vom 14.9.1930

Bestellnummer: 60197

Kurzvorstellung:

- Diese ausführliche Quellenanalyse mit Musterlösung und Erwartungshorizont für den Geschichtsunterricht der Mittel- und Oberstufe thematisiert die Reichstagswahlen vom 14.9.1930, die zu einem ersten Erfolg der NSDAP führten und die Zeit der Präsidialkabinette einläuteten.
- Ausgehend von den Wahlergebnissen analysieren die SuS einen Kommentar aus der Vossischen Zeitung, der sich insbesondere mit dem Erfolg der NSDAP auseinandersetzt. Ausgehend vom historischen Kontext beziehen die SuS kritisch Stellung zu den Einschätzungen und Zukunftsprognosen des Kommentars.
- Geschichtsklausuren von School-Scout sind gleich doppelt für Sie aufbereitet: Zum einen bieten wir Ihnen eine ausführliche Quellenanalyse mit Voranalyse und Hauptanalyse und zusätzlich eine ausgearbeitete Klausur inklusive Musterlösung, Erwartungshorizont und Benotungsformular zur schnellen und gerechten Korrektur.

Inhaltsübersicht:

- Zwei Quellen: Die Ergebnisse der Reichstagswahl vom 14.9.1930 und ein Kommentar der Vossischen Zeitung zum Resultat
- Voranalyse (historischer Kontext und Quellenkritik)
- Sprachliche und inhaltliche Analyse
- Arbeitsblatt inklusive Musterlösung und Erwartungshorizont zum Einsatz als mögliche Klausur
- Benotungsformular zur schnellen und gerechten Bewertung



Internet: <http://www.School-Scout.de>
E-Mail: info@School-Scout.de

Einleitung

Die folgende Quellenanalyse befasst sich mit der Reichstagswahl vom 14. September 1930. Ausgehend von den Wahlergebnissen analysieren die SuS einen Kommentar aus der Vossischen Zeitung, der sich insbesondere mit dem Erfolg der NSDAP auseinandersetzt. Ausgehend vom historischen Kontext beziehen die SuS kritisch Stellung zu den Einschätzungen und Zukunftsprognosen des Kommentars.

Die Quellen

A) ERGEBNISSE DER REICHSTAGSWAHLEN VOM 14.9.1930

SPD	NSDAP	KPD	Zentrum	DNVP (Deutschnationale Volkspartei)	DVP (Deutsche Volkspartei)	WP (Reichspartei des deutschen Mittelstands)	DStP (Deutsche Staatspartei) *	Sonstige
24,5%	18,3%	13,1%	11,8%	7,0%	4,5%	3,9%	3,8%	13,1%
-5,3%**	+15,7%	+2,5 %	-0,3%	-7,3%	-4,2%	-0,6%	-1,0%	+0,5%

* Die liberale Deutsche Demokratische Partei (DDP) hatte sich vor den Wahlen in Deutsche Staatspartei umbenannt und ist programmatisch nach rechts gerückt.

** Im Vergleich zur letzten Reichstagswahl am 20.5.1928.

B) KOMMENTAR DER VOSSISCHEN ZEITUNG VOM 15.9.1930

Wir geben es zu: 107 Nationalsozialisten, dazu 41 Deutschnationale unter Hugenberg und 76 Kommunisten – dieses Ergebnis vom 14. September ist ein Sieg des Radikalismus, auf den man selbst nach den Vorsegnungen in Thüringen und in Sachsen und nach den Stadtverordnetenwahlen in Preußen nicht vorbereitet war.

Dass die nationalsozialistische Flut stark anstieg, war nicht zu verkennen. Die riesenhafte Arbeitslosigkeit, die Massenentlassungen von Angestellten in der jüngsten Zeit, die neuen drückenden Steuern, durch die der Fehlbetrag im Etat gedeckt werden musste, die Not der durch die Inflation Verarmten, nicht zuletzt auch diese ewigen Kämpfe und Krisen im Reichstag, die einen großen Teil der Bevölkerung dem Parlament entfremdet: das alles vereint schuf den Nährboden, der der nationalsozialistischen Agitation günstig war. Und dazu kam, dass von einem Teil der Schwerindustrie und der Finanz eine Bewegung unterstützt und hochgezüchtet wurde, von der man sich ein Niederringen der Sozialdemokraten und Kommunisten versprach.

Gerade diese Kreise wird der Ausklang der gestrigen Wahlen vielleicht am nachdenklichsten stimmen, denn sie haben inzwischen erkannt, dass die Nationalsozialisten, wenn sie ihren Erfolg nicht gefährden wollen, zu einem sehr großen Teil nicht daran denken können, eine Schutzgarde des Besitzes abzugeben. Sie haben nicht unter der schwarz-weiß-roten Fahne, sondern unter dem blutroten Hakenkreuzbanner gekämpft. Die Sozialdemokraten haben 10 Mandate verloren, aber dafür haben die Kommunisten 22 Sitze gewonnen. Und wenn man die beiden Parteien in einen Topf werfen will, dann ist die „marxistische“ Linke im Reichstag zumindest nicht schwächer geworden.

Zertrümmert ist die Mitte. Mit Ausnahme des Zentrums, deren Fraktion im neuen Reichstag um 7 Abgeordnete stärker sein wird, haben alle bürgerlichen Parteien schwer gelitten. Dieser Verlust fällt umso schwerer ins Gewicht, wenn man die ungewöhnlich hohe Wahlbeteiligung berücksichtigt, die fast durchweg über 80 v.H. [von Hundert=Prozent] betrug, in einzelnen Bezirken sogar 95 v.H. überstieg. [...]

Die Nationalsozialisten haben immer wieder erklärt, dass sie nach der Wahl in die Regierung wollen. Gleich Hugenberg verlangen sie, dass vorher die preußische Koalition gesprengt würde. Und in der kommenden preußischen Regierung verlangen sie ebenso wie bisher in Thüringen und jetzt auch in Sachsen, Mecklenburg das Innenministerium. In der Reichsregierung verlangen sie die Verfügung über Polizei und Wehrmacht. Sie wollen Machtpositionen erobern, in denen sie durch ihre Personalpolitik den republikanischen Staat unterhöhlen und zusammenbrechen lassen können.

Was man während des Wahlkampfes an programmatischen Versprechungen von den Nationalsozialisten vernahm, war: Brechung der Zinsknechtschaft und Zerreißen des Versailler Vertrages und des Youngs-Plans. Zur Durchsetzung dieser Absichten wäre das Reichsaußenministerium und das Reichsfinanzministerium am geeignetsten. Auf diesen beiden Posten müssten sie ihre außenpolitischen und wirtschaftlichen Versprechungen wahr machen. Dazu haben sie aber keine Zeit.

Wenn man noch im letzten Reichstag sich den Luxus erlaubte, über Zwirnsfäden zu stolpern, um einer Haarspaltereier willen die Auflösung eines arbeitsfähigen Reichstags herbeizuführen, und in dieser schwierigsten Zeit Neuwahlen zu erzwingen – im neuen Reichstag werden die Parteien begreifen müssen, dass es kein anderes Programm gibt als das Deutsche Reich, keine andere Forderung als die Erhaltung seiner wirtschaftlichen und politischen Lebensfähigkeit.

In der Politik soll Optimismus Grundsatz sein. Die deutsche Republik wird auch in der nationalsozialistischen Flut nicht untergehen, die so rasch hochgestiegen ist und einmal auch wieder abebben wird. Aber die Parteien, die diesen Staate jetzt wahren und erhalten wollen, müssen endlich begreifen, dass sie nicht nur Mandate und Fraktionen haben, auch nicht nur Programme, sondern weit mehr: eine gemeinsame Mission.



Titel: Klausur mit Erwartungshorizont
Unterredung Reichskanzler Brüning mit Adolf Hitler (6. Oktober 1930)

Bestellnummer: 51901

Kurzvorstellung: Diese ausführliche Quellenanalyse mit Musterlösung und Erwartungshorizont für den Geschichtsunterricht der Oberstufe behandelt eine posthum veröffentlichte Unterredung Brüning mit Adolf Hitler als Teilproblematik der Endphase der Weimarer Republik.

Der Textauszug stammt aus Brünings Memoiren, die er auf der Grundlage täglicher Aufzeichnungen seiner Kanzlerzeit in der Emigration 1934/35 niederschrieb. Die Memoiren wurden erst 1970 publiziert.

Diese Unterrichtshilfe präsentiert die Anwendung einer speziellen Quelleninterpretationsvorlage. Anhand dieser Vorlage werden die einzelnen Anforderungen bearbeitet und die entsprechenden Ergebnisse vorgestellt.

- Inhaltsübersicht:**
- Textauszug aus den Memoiren von Reichskanzler Brüning
 - Aufgaben zur Analyse der Quelle
 - Praktische Umsetzung der einzelnen Aspekte einer Quelleninterpretation
 - Erwartungshorizont zum Einsatz als mögliche Klausur



Internet: <http://www.School-Scout.de>
E-Mail: info@School-Scout.de

1. Material

Aufzeichnungen Heinrich Brünnings über eine Unterredung mit Hitler am 6.10.1930

(Der folgende Textauszug stammt aus Brünnings Memoiren, die er auf der Grundlage täglicher Aufzeichnungen seiner Kanzlerzeit in der Emigration 1934/35 niederschrieb. Die Memoiren wurden erst 1970 publiziert.)

"Nach einigen einleitenden kurzen Gesprächen begann ich mit der Darlegung der Lage und der Absichten der Regierung für die Zukunft. Die Krise würde nach unserer Schätzung etwa vier bis fünf Jahre dauern, frühestens im Sommer 1932 sei die erste Besserung möglich. Wahrscheinlich aber kämen wiederholte Rückschläge, und erst vom Jahre 1935 an könne man mit einem gleichmäßigen Wiederanstieg der Wirtschaft rechnen, falls keine unvorhersehbaren Ereignisse dazwischentreten. Eine Wiedererreichung des Lebensstandards von 1927/28 sei auch nach Streichung der Reparationen in den nächsten Jahren nicht möglich. Diese Streichung der Reparationen herbeizuführen, unter gleichzeitiger Inangriffnahme der Abrüstungsfrage, würde das erste Streben der Außenpolitik der Regierung sein. Mit beiden Fragen hoffe man im Laufe von anderthalb bis zwei Jahren den ganzen Versailler Vertrag, ohne darüber zu reden, ins Wanken zu bringen. [...]

Die Regierung sei fest entschlossen, den dargelegten Weg bis zum Äußersten zu gehen. Sie könne darüber vor der Öffentlichkeit keine Erklärung abgeben. Allein die Idee, dass ein halbes Jahr nach Inkrafttreten des Young-Planes die Offensive mit dem Ziel, die gesamten Reparationen zu streichen, beginnen würde, wäre ein Schock für die Welt und würde von ihr mit der sofortigen Herausziehung des kurzfristigen Kapitals beantwortet, was eine Kapitulation Deutschlands zwei Monate später zur Folge haben musste. Fast alle Gläubiger Deutschlands seien sich noch nicht klar darüber, wie verzweifelt die Lage im Augenblick schon sei. Um die Welt über diese Lage hinwegzutäuschen, brauchte ich den 125-Millionen-Dollarkredit, der mir von Lee Higginson ohne jede politische Bedingung, nur gegen verstärkte Schuldentilgung, angeboten war. Diesen Kredit müssten wir um jeden Preis haben, um nicht schon Mitte Dezember einen Zusammenbruch zu erleben. Er würde zusammen mit den sonstigen Maßnahmen der Regierung die Chance bieten, im nächsten Jahr die Reparationen ausschließlich durch unsern Ausfuhrüberschuss zu bezahlen und dadurch das Gefüge des gesamten Weltmarkts auseinander zu brechen. Ich schätze die Zeit, die notwendig sei, um auf diese Weise den Ruf nach Streichung der Reparationen in der Welt zu wecken, auf etwa 12 bis 14 Monate.

Das sei die erste Phase der Politik, für die eine schärfere außenpolitische Opposition seitens der NSDAP das zweckmäßigste wäre. Eine Verständigung im Einzelnen über die Formen der Opposition wäre natürlich eine Voraussetzung für ein späteres Zusammengehen. Ich hoffe, in der zweiten Phase zusammen mit der Rechten an die Verfassungsreform herangehen zu können, die nach meinen persönlichen Wünschen in einer monarchischen Restauration enden müsse [...]. Unter der Voraussetzung, dass er, Hitler, mir sein Wort gebe, sich mit mir in jeder Phase über die Form der Opposition zu verständigen, würde ich dafür sorgen, dass seiner Presse abseits jeder persönlichen Verunglimpfung volle Freiheit gegeben würde, auch zur schärfsten Kritik an der Außenpolitik und an meiner Person. [...]

Um dieses Werk zu vollbringen, müssten ungeschwächte Kräfte erhalten bleiben. In dem nunmehr beginnenden, wahrscheinlich zwei bis drei Jahre dauernden großen Weltringen würden sich alle deutschen Parteien mehr oder minder abnutzen, in der zweiten Phase auch die NSDAP. Es komme aber darauf an, zu versuchen, alle für diesen großen Kampf nur irgendwie bereiten Kräfte zu mobilisieren. Das erste Land, das bereit wäre, alle unpopulären Opfer nach innen auf sich zu nehmen, würde an die Spitze kommen.

45 Die Krise würde auch Länder wie Frankreich und England nicht verschonen. Diejenigen Länder, die zuletzt von ihr betroffen würden, würden als Letzte auch [...] Gegenmaßnahmen treffen und daher die unterliegenden sein.

50 Wenn Hitler bereit sei, auf der Grundlage dieser Außenpolitik in loyaler Weise, erst versteckt und dann offen, mitzuarbeiten, so würde das deutsche Volk in zwei bis drei Jahren die Fesseln des Versailler Vertrages los sein. Ich hoffe, dass ich an ihn als alten Frontsoldaten nicht vergeblich appelliere, genauso wie es mir und meinen Freunden als alten Frontkämpfern gleichgültig sei, ob der Enderfolg mit unseren Namen verknüpft würde.

Hitler antwortete in einer einstündigen Rede.

Heinrich Brüning: Memoiren 1918-1934, Bd. 1. (DVA) Stuttgart 1972. S. 203ff., abgedruckt in: Dirk Hoffmann/Friedhelm Schütze, Weimarer Republik und nationalsozialistische Herrschaft, Schöningh/Schroedel: Paderborn 1991, S. 100/101

2. AUFGABENSTELLUNG:

1. Ordnen Sie beide Quellen in den Zeit- und Problemkontext ein.
2. Bestimmen die den Vorab-Quellenwert.
3. Gliedern Sie den Inhalt der Quellen und erläutern Sie diesen.
4. Bewerten Sie abschließend – auch vor dem Hintergrund der weiteren politischen Entwicklungen in der 30er Jahren – die Ansichten Brünings.



SCHOOL-SCOUT.DE

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

Auszug aus:

*Klausuren zu Quelleninterpretationen im Paket: Weimarer
Republik*

Das komplette Material finden Sie hier:

School-Scout.de

